

**Antrag Nr. 1** an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenbeirat der Stadt Herne**

Thema: **Hygiene in Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Vorstand der LSV NRW e. V. wird gebeten, auf Landesebene (Ministerien etc.) daraufhin zu wirken, dass die vorhandenen gesetzlichen Vorschriften zu Hygienefragen von den Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen in NRW sorgsamer als bisher eingehalten werden.

Weiterhin sollte der Vorstand der LSV NRW e. V. auf eine verstärkte Aufklärungsarbeit zum Thema Hygiene in Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen durch das Land drängen.

**Begründung:**

In seiner Dezember-Sitzung hat sich der Seniorenbeirat der Stadt Herne mit dem damals und heute aktuellem Thema „Hygiene in Krankenhäusern, Altenpflegeeinrichtungen etc.“ (Stichworte MRSA, Novovirus) befasst. Auslöser dazu war ein entsprechender Bericht im überregionalen Teil der WAZ vom 27.08.2010 zum Thema Hygiene in Krankenhäusern sowie nachfolgende Berichte in Presse, Funk und Fernsehen.

Da besonders ältere Menschen – als deren Interessenvertretung sich der Seniorenbeirat der Stadt Herne versteht – von mangelnder Hygiene in den genannten Einrichtungen betroffen sein können, hat der Vorsitzende des Seniorenbeirates der Stadt Herne eine Sachbearbeiterin des Fachbereichs Gesundheit der Stadt Herne zur o. g. Sitzung eingeladen und um Beantwortung einiger themenbezogener Fragen gebeten.

Als Ergebnis der Diskussion in der Sitzung wurde festgehalten, dass es besonders beim gefährdeten Personenkreis der Seniorinnen und Senioren erhebliche Informationsdefizite zum Thema Hygiene in Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen gibt. Da davon auszugehen ist, dass diese Defizite nicht nur in Herne bestehen, ist es nach Auffassung des Seniorenbeirates der Stadt Herne sinnvoll, diese Problematik über die LSV NRW e.V. auf die Landesebene zu transportieren.

*Fritz Daubitz,  
Vorsitzender des Seniorenbeirates der Stadt Herne  
17.01.2011*

**Antrag Nr. 2** an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenrat der Kreisstadt Mettmann**

Thema: **Therapiesicherheit bei älteren Menschen**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Vorstand der LSV NRW möge beim Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW vorstellig werden, damit die Pharmaindustrie zu entsprechenden Studien aufgefordert wird.

**Begründung:**

Bis zu 20 % der über 70-jährigen nehmen täglich über 13 und mehr Wirkstoffe ein, in der Regel Dauerverordnungen.

Ein älter werdender Körper verarbeitet die Medikamente anders, langsamer als ein junger. Die Nieren-, die Leberfunktion ist eingeschränkt, die Ausscheidung verzögert. Dadurch kann es zu unliebsamen Nebenwirkungen kommen, sogar toxischer Art. Die Wirkdauer, die Verträglichkeit kann gestört sein, besonders auch bei Psychopharmaka. Es können Stürze mit schlecht heilenden Knochenbrüchen die Folge von Schwindelanfällen, Gangunsicherheit bei falsch dosierten Beruhigungsmitteln sein.

Seit 2007 gilt eine europäische Regelung, die Zulassungsstudien bei Kindern fordert, wenn Kinder mit einem bestimmten Arzneimittel behandelt werden sollen. Sie finden daher auf vielen Beipackzetteln genaue Dosierungsvorschläge für Kinder mit Alters- und Gewichtsangaben. Dies sollten wir für die älteren Patienten ebenfalls fordern. Es müssen hierzu entsprechende kontrollierte Studien durchgeführt werden, um eine adäquate gesicherte Arzneimitteltherapie für ältere Patienten zu sichern.

Da die ältere Generation einen hohen Arzneimittelkonsum hat und dieser Personenkreis an Zahl ständig wächst, gebe ich dem Antrag auch unter dem Gesichtspunkt Kostendämpfung im Gesundheitswesen eine Chance.

Literatur: Prof. Dr. Gerd Glaeske, Abteilung für Gesundheitsökonomie am Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen,  
Zeitschrift für Gesundheit und Gesellschaft Ausgabe 7- 8/10, 13. Jahrgang

*Dr. Hildegard Arnold,  
Vorsitzende des Seniorenrates der Kreisstadt Mettmann  
18.01.2011*

**Antrag Nr. 3** an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenrat der Stadt Aachen**

Thema: **Sicherheit beim Ein- und Aussteigen aus Zügen der Deutschen Bahn AG**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Vorstand der Landesseniorenvertretung NRW wendet sich mit dem Anliegen an die Deutsche Bahn AG, diese möge dafür sorgen, dass die Fahrgäste die Züge der Deutschen Bahn möglichst problemlos besteigen und verlassen können.

**Begründung:**

Das Ein- und Aussteigen aus Zügen der Deutschen Bahn AG ist vielfach - insbesondere für ältere und behinderte Fahrgäste - nicht ungefährlich.

Des Öfteren sind die Abstände zwischen den Stufen der Züge und den Bahnsteigen zu groß und stellen dadurch eine Stolper- und Sturzgefahr dar.

Des Weiteren sind die Bahnsteige nicht immer an die Höhe der Stufen angepasst - oder umgekehrt -, sodass auch hierdurch diese Gefahr besteht.

Diese Probleme wären vermeidbar, wenn die Stufen und die Bahnsteige so hergerichtet würden, dass die Abstände möglichst gering sind sowie die untersten Stufen und die Bahnsteige grundsätzlich eine fahrgerechte Höhe aufweisen.

*Rolf Eckert,  
Vorsitzender des Seniorenrates der Stadt Aachen  
31.01.2011*

**Antrag Nr. 4** an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenbeirat der Stadt Herford**

Thema: **Gesetzliche Grundlage für verbindliche Seniorenarbeit**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Seniorenbeirat der Stadt Herford bittet die LSV NRW, sich bei der Landesregierung NRW, dem Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter für entsprechende verpflichtende gesetzliche Grundlagen (Seniorenförderplan) einzusetzen, damit Kommunen diese bisherige freiwillige Aufgabe zukünftig als verpflichtende Aufgabe ausgestalten.

**Begründung:**

Der vieldiskutierte demografische Wandel ist längst in vollem Gange und stellt neue Herausforderungen an die Gesellschaft. In NRW sind bereits durchschnittlich 26 % der Bewohner/innen über 60 Jahre, 2025 werden es wahrscheinlich bereits 32 % sein. Es kann nicht mehr darum gehen, die demografische Entwicklung aufzuhalten oder gar zu verhindern, sondern sie zu gestalten. Alter ist vielfältig und zeichnet sich durch verschiedene Facetten aus. Alter ist nicht nur defizitär, sondern auch ressourcenorientiert.

Für den Transport der Botschaft „Alter hat auch Potenziale“ und deren praktische Umsetzung in die Kommunen benötigen wir verlässliche Strukturen, die es ermöglichen, Seniorenpolitik für und vor allem unter Beteiligung älterer Menschen zu gestalten. Letzteres ist auch in Anbetracht der immer älter werdenden Gesellschaft als Möglichkeit der Eigen- und Mitverantwortung im Rahmen von Vorsorge zu sehen. Wir benötigen Strukturen, die Älteren ermöglichen, ihre Ressourcen und Potentiale einzubringen, Strukturen, die der Förderung der Alterskompetenz dienen, und Angebotsstrukturen schaffen, die Vereinsamung und altersgefährdende Umstände vermeiden helfen. Letzteres dient der Prävention von Pflegebedürftigkeit und somit auch der Kostensenkung sowie der verpflichtenden Daseinsvorsorge der Kommunen.

Eine Förderung der seniorenpolitischen Infrastruktur ist daher zwingend notwendig. Hierzu gehören vor allem:

- Angebote, die Teilhabe und Partizipation ermöglichen
- Ressourcenorientierte Angebote
- Förderung der freien Seniorenarbeit
- Förderung der Alterskompetenz
- Vermeidung altersgefährdender Umstände (Prävention)

Verlässliche und verpflichtende gesetzliche Rahmenbedingungen sind erforderlich, die Spielraum bieten, um Leistungen und Angebote für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik in den Kommunen entwickeln zu können.

*Volker Stumpf,  
Vorsitzender des Seniorenbeirates der Stadt Herford  
31.01.2011*

**Antrag Nr. 5** an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Senioren-Forum Hattingen**

Thema: **Sichtbehindernde Werbung auf Fensterscheiben des ÖPNV**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Die Landesseniorenvertretung NRW fordert den VRR auf, auf die angeschlossenen Verkehrsbetriebe einzuwirken, die sichtbehindernde Werbung auf den Fensterscheiben des ÖPNV zurückzufahren

**Begründung:**

Seit einigen Jahren verkleben verschiedene Verkehrsbetriebe des VRR ihre Busse und Straßenbahnen ganzseitig mit Werbeplakaten. Diese ziehen sich auch über die Fenster an Behindertenplätzen und am Notausstieg. Besonders für ältere Menschen und Personen mit Sehbehinderung, die auf die öffentlichen Transportmittel angewiesen sind, stellt dieses eine erhebliche Sichtbehinderung dar. Gerade zur Nachtzeit und wenn die Haltestellen nicht exakt angekündigt werden, ist eine Orientierung nach draußen fast unmöglich, abgesehen von der für alle Fahrgäste beeinträchtigten Aussicht tagsüber. Außerdem steht zu befürchten, dass im Fall eines Notausstiegs die einzuschlagenden Fensterscheiben schlechter zerbersten und damit eine Rettung erschwert wird.

*Hans Hartung,  
Stellvertretender Sprecher des Senioren-Forums Hattingen  
04.02.2011*



**Antrag Nr. 6** an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenrat Bielefeld**

Thema: **Altersarmut**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Im Jahr 2011 soll eine mindestens eintägige, hochrangig besetzte Veranstaltung zum Thema Altersarmut von der LSV NRW durchgeführt werden. Die Veranstaltung hat das Ziel, die politischen Entscheidungsträger aufzufordern, ihre Ansätze zur Problemlösung zu präsentieren. Wenn möglich sollte die Veranstaltung in Kooperation mit anderen Landes seniorenvertretungen oder mit der BAGSO durchgeführt werden.

**Begründung:**

Das Problem der drohenden Altersarmut, vor allem von Frauen, ist hinreichend bekannt. Alle politischen Parteien und gesellschaftliche Gruppierungen (Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbände etc.) weisen seit Jahren auf diesen Sachverhalt hin. Es gibt unterschiedliche Problemlösungsansätze (Mindestrente, Erwerbstätigenversicherung, freiwillige Zusatzversicherungen etc.), aber noch keine Problemlösung. Deshalb ist es angeraten, dass die Seniorenvertretungen nachdrücklich darauf hinweisen, dass es in absehbarer Zeit eine politische Entscheidung darüber geben muss, wie dieses Problem zukunftsfest gelöst werden soll.

Der Antrag hat deshalb eine realistische Chance der Umsetzung, da das beschriebene Problem allen bekannt ist und gerade Seniorenvertretungen besonders berufen sind, sich damit auseinander zu setzen.

*Prof. Dr. Hilmar Peter,  
Vorsitzender des Seniorenrates Bielefeld  
03.02.2011*



**Antrag Nr. 7** an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Düsseldorf**

Thema: **Barrierefreie Nutzung des Euro-Toilettenschlüssels**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Vorstand der LSV NRW e.V. bittet die Kommunen, die Behindertentoiletten in ihren Dienstgebäuden und kommunalen Einrichtungen mit dem einheitlichen Schließsystem für den Euro-Schlüssel auszustatten.

**Begründung:**

Bereits 1986 wurden die Behindertentoiletten an den deutschen Autobahnen mit einem einheitlichen Schließsystem ausgestattet. Ein nächster Schritt war die bundesweite Anpassung aller verschlossenen Behindertentoiletten mit dem entsprechenden Schließzylinder. Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit konnte erreicht werden, dass Städte und Gemeinden in Deutschland behindertengerechte öffentliche Toiletten auf das Einheitschloss umrüsteten. Inzwischen haben sich Länder wie Österreich und die Schweiz diesem System angeschlossen. Selbst in Slowenien und in Istanbul ist das System zu finden.

In vielen Dienstgebäuden und Einrichtungen von Kommunen, ist die behindertengerechte Toilette zwar vorhanden jedoch mit einem anderen Schließsystem als dem Einheitschloss ausgestattet. Das führt dazu, dass die Betroffenen, die im Besitz eines Euro-Schlüssels sind, wieder eingeschränkt werden, weil sie erst nach dem passenden Toilettenschlüssel fragen müssen. Die Zugangserleichterung zu den Toiletten durch den Euro-Schlüssel ist für die Menschen mit Behinderungen und für chronisch Erkrankte von unschätzbarem Wert.

**Informationen zum Euro-Schlüssel und den Kreis der Berechtigten gibt es bei:  
CBF Darmstadt, Tel: 06151/8122-0 oder [www.cbf-darmstadt.de](http://www.cbf-darmstadt.de)**

*Ursula Vaassen,  
Stellvertretende Vorsitzende  
des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Düsseldorf  
10.02.2011*

**Antrag Nr. 8** an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenvertretung der Stadt Köln**

Thema: **Verminderung der Anzahl der Kriminalsendungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Vorstand der Landesseniorenvertretung NRW wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass im öffentlich-rechtlichen Fernsehen die Zahl der Kriminalsendungen deutlich vermindert wird.

**Begründung:**

In vielen Gesprächen klagen die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger darüber, dass meist zur besten Sendezeit sehr häufig Kriminalsendungen laufen, an denen sie selbst wenig Interesse haben. Dagegen werden Dokumentarfilme und Hintergrundberichte häufig vermisst.

Bei Überprüfung **eines** Wochenprogramms konnte festgestellt werden, dass ARD, ZDF und die 3. Programme der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten 41 Kriminalfilme zeigten. Das sind mehr Morde, als es in Deutschland zur gleichen Zeit gibt (glücklicherweise!). Trotzdem kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese hohe Frequenz an Kriminalsendungen zu einer Verschiebung des Wertesystems bei gefährdeten Personen führt und dort ggf. die Hemmschwelle für Gewalttaten senkt.

Die Seniorenvertretung der Stadt Köln bittet deshalb die Landesseniorenvertretung, sich sowohl an den WDR als auch über die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen an die Rundfunkanstalten insgesamt zu wenden und eindringlich und nachhaltig um Abhilfe zu bitten. Dabei sind wir nicht der Auffassung, dass keine Kriminalfilme gezeigt werden sollten, sondern dass die Häufigkeit gesenkt und als Sendeplatz nicht die Premiumzeit direkt nach 20 Uhr gewählt werden sollte.

*Dr. Manfred Wegner,  
Sprecher der Seniorenvertretung der Stadt Köln  
12.02.2011*

**Antrag Nr. 9** an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenvertretung der Stadt Köln**

Thema: **Befreiung von den Rundfunkgebühren für Haushalte mit geringem Einkommen**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Vorstand der Landesseniorenvertretung NRW wird beauftragt, sich für eine Ausweitung der Rundfunkgebührenbefreiung auf Haushalte einzusetzen, die 10 % über den Bedarfssätzen der Sozialhilfe liegen.

**Begründung:**

Mit der Änderung des Achten Rundfunkgebührenstaatsvertrages zum 01.04.2005 wurde insbesondere die Gebührenbefreiung für natürliche Personen neu geregelt.

Sämtliche Befreiungstatbestände knüpfen an den Bezug sozialer Leistungen bzw. Behinderungen an (§ 6 Abs.1).

Bis 31.03.2005 konnten die Landesregierungen die Voraussetzungen für die Rundfunkgebührenbefreiung durch Rechtsverordnung selbst bestimmen. Die Landesverordnungen sahen unter anderem auch die Befreiung wegen geringen Einkommens vor.

Die Gesetzesänderung grenzt große Teile der früher Berechtigten aus, zumal deren Möglichkeiten der Informationsbeschaffung aufgrund ihres Alters häufig ausschließlich auf die Medien begrenzt sind.

Nach der erneuten Änderung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages werden die Rundfunkbeiträge nun pro Haushalt fällig. Während die Betroffenen damals bei Verzicht auf die Rundfunknutzung, diese Zahlungen vermeiden konnten, ist dies bei der neuen Regelung, bei der jeder Haushalt zur Zahlung verpflichtet wird unabhängig von der tatsächlichen Nutzung, nicht mehr möglich.

Im neuen Staatsvertrag ist als Härtefall für die Beitragsbefreiung vorgesehen, dass eine Befreiung stattfinden soll, wenn das Haushaltseinkommen weniger als der Rundfunkbeitrag über der Grenze für die Grundsicherung liegt. Dies ist zwar nun schon eine kleine Verbesserung. Dieser Personenkreis hat aber weiterhin geringere Entlastungen als jener, der bereits Transferleistungen erhält, weshalb die 10 %-Grenze zur Gleichstellung erforderlich ist.

*Dr. Manfred Wegner,  
Sprecher der Seniorenvertretung der Stadt Köln  
12.02.2011*

**Antrag Nr. 10** an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Vorstand der LSV NRW**

Thema: **Bessere Sendezeiten für den Bürgerfunk**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Landtag und Landesregierung in NRW werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Sendezeiten der Bürgerfunksendungen in den Lokalradios wieder in den Vorabendbereich verlegt werden.

**Begründung:**

Durch die Verlegung in den Abendbereich haben die Sendungen an Attraktion verloren und beeinträchtigen so die einst gewollte Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs.

Von daher muss dieser generationsübergreifende Dialog von Bürgerinnen und Bürger für Bürgerinnen und Bürger wieder einen besseren Standort in den Lokalradios bekommen.

*Jürgen Jentsch*  
*Stellvertretender Vorsitzender der LSV NRW*  
12.02.2011

**Antrag Nr. 11** an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenbeirat der Stadt Rheine**

Thema: **Hygienebehälter auf Herrentoiletten**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Vorstand der LSV NRW möge die Kommunen und die Gastronomiebetriebe - die der „DEHOGA“ angeschlossen sind - bitten, Hygienebehältnisse auch auf Herrentoiletten aufzustellen.

**Begründung:**

1,5 bis 2 Millionen Männer – davon hauptsächlich ältere Männer – werden wegen Harninkontinenz auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung medizinisch betreut. Da die Inkontinenz immer noch ein Tabuthema ist, nur 4 von 10 Betroffenen gehen zum Arzt, ist anzunehmen, dass real ca. 3 bis 4 Millionen Männer an Inkontinenz leiden.

Der inkontinente Mann trägt, wenn er aus dem Haus geht, Vorlagen. Diese Vorlagen werden je nach Bedarf unterschiedlich oft, aber immer wenn sie feucht werden, gewechselt. Doch dann kommt die Frage, wohin mit der unsauberen Vorlage? Da in Herrentoiletten keine Hygienebehältnisse stehen, wird diese ins WC entsorgt oder im Vorraum in den Behälter für die gebrauchten Papierhandtücher geworfen.

Um diesen peinlichen Situationen entgegenzuwirken und den empfindsamen Betroffenen zu helfen sowie die Sanitäreanlagen nicht zu verstopfen, hat diese Maßnahme, die relativ kostengünstig ist, eine realistische Chance umgesetzt zu werden.

Was auf Damentoiletten gang und gebe ist, sollte doch auch den Männern recht sein.

*Horst Erle,  
Vorsitzender des Seniorenbeirates der Stadt Rheine  
22. Februar 2011*